

## Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Verordnung über die Umsetzung von Solidaritätsmassnahmen zur Gewährleistung der Gasversorgung in einer schweren Mangellage; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 27. August 2025 laden Sie den Regierungsrat des Kantons Uri ein, zur Verordnung über die Umsetzung von Solidaritätsmassnahmen zur Gewährleistung der Gasversorgung in einer schweren Mangellage Stellung zu nehmen.

Der Regierungsrat begrüsst die Verordnung über die Umsetzung von Solidaritätsmassnahmen zur Gewährleistung der Gasversorgung in einer schweren Mangellage. Sie schafft die notwendigen rechtlichen Grundlagen, damit die Schweiz im Krisenfall rasch und koordiniert auf eine drohende Gasmangellage reagieren kann. Er erachtet die vorgesehene Umsetzung über das Landesversorgungsgesetz (LVG; SR 531) als zweckmässig und unterstützt die Übertragung der operativen Aufgaben an Swissgas als fachlich geeignete Organisation.

Der Regierungsrat ist mit der Verordnung einverstanden und verzichtet auf eine einlässliche Vernehmlassung.

Sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 18. November 2025



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

Der Kanzleidirektor

Christian Arnold

Roman Balli